

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreise durch die Post, exkl. Postgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifert Straße 52, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 8.

Sonnabend, den 23. Februar 1918.

22. Jahrgang.

Mehr Einheitlichkeit im Tarifwesen.

Auf der Wehrkonferenz im November 1917 wurde mit Unterstreichungen hervorgehoben, daß endlich in das Tarifwesen der deutschen Steinindustrie mehr Einheitlichkeit gebracht werden müsse. Unserm Verbands ist es zwar gelungen, daß im Jahre 1918 für rund 27 000 Kollegen die Arbeits- und Lohnverhältnisse tariflich geregelt waren, dabei wollen wir aber nicht verkennen, daß der einheitliche Aufbau der Tarife zu häufig nur auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten war. Dieser lokale Zuschnitt hat sich als recht unliebsam erwiesen, aber unser Verband konnte die gegebenen Verhältnisse nun nicht ohne weiteres überwinden. Zuerst hieß es eben, den Abschluß von Tarifverträgen überhaupt ermöglichen, die Einheitlichkeit wird dann schon zu erreichen sein.

Unsere Verbandsleitung hat in dieser Hinsicht schon längst auf Tarife hingearbeitet, die auf zentraler Grundlage aufgebaut sein sollten. Aber die Unternehmerorganisation in der Steinindustrie war bis vor drei Jahren keine geschlossene, so daß an dieser Dezentralisierung die Durchführung der auf großer Grundlage stehenden Tarifverträge scheiterte. In der Steinindustrie bestanden bis vor Jahren etwa 6 Verbände, da konnte auch eine großzügige Tarifpolitik nicht durchgeführt werden. Ueberdies scheint die vormalige Leitung des Steinmetzmeisterverbandes dieser Frage keine allzu große Bedeutung beigelegt zu haben.

Weiter kam noch hinzu, daß man unternehmerseits den Ortsstarif deshalb bevorzugte, um die Unterbietung nach den Großstädten besonders scharf betreiben zu können. Wir könnten ja in dieser Hinsicht aus verschiedenen Bezirken, besonders für die Sandsteinindustrie, die allerbedenklichsten Submissionspläne anführen. Den Unternehmern selbst wäre viel mehr gedient gewesen, wenn dem Antrag der Steinarbeiter schon vor Jahren stattgegeben worden wäre. Wenn die Herren jetzt Nichtpreise einführen, und sicherlich mit Recht, dann konnte eine zielbewusste Leitung im Unternehmerverband sich doch ohne weiteres auf den Antrag des Steinarbeiter-Verbandes einstellen. Aber wir konnten auf ein Entgegenkommen nicht rechnen. Heute scheinen die Dinge nun allerdings anders zu liegen.

In den Jahren 1910/11 kam es im Königreich Sachsen zwischen unserm und dem V. Bezirksverband der Unternehmer zu recht eingehenden Verhandlungen über die Schaffung eines Verbandstarifes. Söben wie drüben nahmen tüchtige Fachleute an den Beratungen teil, es mußten sehr langwierige Verhandlungen und Berechnungen gepflogen werden; weiter entstandene Hindernisse unter den Kollegen selbst, aber auch die Unternehmern waren geteilter Meinung. Trotz der Gegenseite kam aber der sächsische Normaltarif zustande, welcher sich bisher im allgemeinen sehr bewährt. Die Steinmetzen wollten vom alten Tarif nicht gerne abweichen, weil vor 20 Jahren im Berechnen reichgegliedeter Arbeiten Vorteile erzielt wurden, die sich nach dem Stand der neueren Architektur nicht mehr halten ließen. Der Normaltarif für Sachsen ist einfach im Aufbau, dabei in konstruktiver Hinsicht gut durchdacht. Die erläuternden Skizzen sind klar, einzelne Berechnungsmethoden könnten noch verständlicher gefaßt werden.

Es liegen heute nun so viele Erfahrungen mit dem Normaltarif vor, daß die neugeschaffene Unternehmerorganisation, der „Deutsche Steinindustrieverband“ Hupp und klar dazu Stellung nehmen kann, ob derselbe für die Sandsteinindustrie zur Einführung gelangen könnte. Die Lohnfestsetzung spielt vor derhand keine Rolle. Zuerst hätten sich die Herren Unternehmer im Prinzip zu erklären, ja jener Tarif kann eingeführt werden. Wir sind der Meinung, daß die Grundpreise im sächsischen Normaltarif bestehen bleiben, daß eben noch Gebieten und der Größe der Gesteinsart sich dementsprechend die Zuschläge belaufen müssen. Die Zuschlagsbemessung könnte dann örtlich erfolgen.

Der sächsische Normaltarif würde zum Reichstarif werden, die Unternehmer hätten eine weit sichere Basis, bei den komplizierten Entwürfen als wie unter den örtlichen Tarifen. Und da die weitere Ausgestaltung des Tarifes nur durch die Zentralinstanzen vorgenommen werden kann, würde es sich bei den späteren Orts- und Distriktsverhandlungen nur um die Lohnfrage handeln. Die technischen Verbesserungen würden nur durch die zentralen Instanzen der in Frage kommenden Verbände vorgenommen.

Der Reichstarif wird und muß kommen. Es ist anzunehmen, daß jetzt — im deutschen Steinindustrie-Verband die Frage spruchreif geworden ist. Die demnächst stattfindenden Verhandlungen werden ja darüber Klarheit bringen. Praktisch würde es sein, wenn auch die Württembergische Steinindustrie dem Reichstarif unterstellt würde. Die Architektur ist ja einheitlich, die Härtegrade können nur durch dementsprechende Zuschläge getroffen werden.

Bei den bisherigen Tarifverhandlungen örtlicher Art wurde eine Unsumme Zeit verbraucht, viele Anträge wurden gestellt, deren Durchführung dauert lange, die Unternehmer waren den meisten Neuerungen abhold, und das Resultat war, von den mühsam zurechtgebauten Anträgen konnte nur ein Teil durchgedrückt werden. Würde das Tarifwesen auf zentrale Grundlage gestellt, dann würden diese Verhandlungen einmal zu machen sein, der weitere Aufbau wäre dabei viel gründlicher. Der Reichstarif würde in die Tarifauflegung selbst mit einem Schläge mehr Einheitlichkeit bringen. Die Steinmetztarife sind nun einmal kompliziert und durch die bisherigen Ortsstarife ist die Ungewißheit in der Auslegung

geradezu eine bedauerliche geworden. War die Konjunktur gut, dann stellten Unternehmer die Behauptung auf, die Steinmetzen hätten bei der Tarifauflegung ein sehr lockeres Gewissen, war schlechter Geschäftsgang, so beschwerten sich die Kollegen über den mangelnden Rechtsinn der Unternehmer. In unseren großen Sandsteingebieten wurden umfangreiche „Tarifakten“ angelegt, aber eine Einheitlichkeit in der Auslegung wurde dadurch absolut nicht erreicht.

Die Einheitlichkeit im Tarifwesen muß sich erst recht auch auf die Hartsteinindustrie erstrecken. Soweit die Werksteinarbeiten darin in Frage kommen, ist ein Einverständnis ebenso leicht zu erzielen, als wie wir es mit der Sandsteinindustrie anstreben.

Der Fichtelgebirgstarif bedarf in seinem technischen Aufbau einer größeren Vereinfachung. Die allgemeinen Bestimmungen müssen von den unzeitgemäßen Paragraphen befreit werden. Die Granitschleifereien verfügen über eine geschlossene Organisation, um so leichter ist es möglich, einen Tarif zur Geltung zu bringen, welcher allen technischen Ansprüchen genügt. Die Baufelder Granitschleifereien haben ihre diversen Tarife, für den Odenwald trifft daselbe zu, an der Wasserkante gelten wieder andere Bestimmungen als wie in den Schleifereien Thüringens. Bei den Tarifverhandlungen wird dann stets ein Bezirk gegen den andern ausgespielt. Die Geschädigten sind die Arbeiter, aber auch die Unternehmer, weil es niemals zu einheitlichen Preisfestsetzungen kommen kann. Als zu Beginn des Krieges die ausländischen Rohmaterialien stark im Preise stiegen, verfügten die Granitschleifereien zweimal hintereinander Preissteigerungen mit sofortiger Wirkung. In diesem Falle zeigte der Verband „Deutscher Granitwerke“, daß er auch anders kann. Ein Einheitsstarif für die Schleifereibetriebe läßt sich nach unsrer Meinung ohne große Schwierigkeiten schaffen. Sind wir recht unterrichtet, so tritt zu Anfang März die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Granitwerke zusammen. Wahrscheinlich handelt es sich darum, an Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Herr Schädler einen 1. Vorsitzenden zu wählen. Wir haben den Antrag gestellt, daß auf dieser Generalversammlung auch der Antrag beraten wird: Einführung eines Einheitsstarifes für die Schleifereibetriebe. Der Fichtelgebirgstarif läuft noch bis 1920, bis zu dessen Ablauf ist also noch genügend Zeit, daß eine Kommission der beiden Verbände die nötigen Vorarbeiten treffen kann.

Wir hoffen, daß in Unternehmerkreisen nunmehr endgültig der Widerstand gegen das Einheitsstarifwesen geschwunden ist. Nach dem Kriege werden besonders die Spezialarbeiter in der Steinmetzbranche so gesucht sein, daß dieselben ein erhöhtes Interesse am zentralen Tarifwesen haben. Viele Wirtschaftskämpfe ließen sich vermeiden, wenn dem fortschrittlichen Anstehen der organisierten Steinarbeiter Rechnung getragen würde. Die ganze Frage ist aber längst spruchreif, hoffen wir, daß die Tarifbewegungen anderer Organisationen nicht spurlos an den Herren Steinindustriellen vorbeigegangen sind.

Gegen die Fluktuation!

Zur großen Freude jedes Gewerkschafters beobachten wir wieder in der letzten Zeit ein stärkeres Anwachsen der Gewerkschaften. Manche Verbände haben in sogar überraschender Weise an Mitgliedern zugenommen. Dies ist ein Zeichen der unbeflegbaren Kraft der Gewerkschaftsidee, des Vertrauens der Arbeiterschaft zur Organisation, der steigenden Erkenntnis von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens. Und daß diese Tatsache inmitten des Weltkrieges — in einer Zeit, die die Kampfesfähigkeit der Gewerkschaften erheblich beschränkt — vor sich geht, ist doppelt erfreulich.

Gleichwohl taucht aber für jeden denkenden Arbeiter auch wieder die Frage auf, auf welche Weise es am besten möglich sei, diesen neuen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften dauernd zu erhalten. Eines der größten Grundübel in unserer modernen Gewerkschaftsbewegung ist seit deren Bestehen das ständige Auf und Ab im Mitgliederbestande. Drei Ursachen stehen in der Regel zwei Abgänge gegenüber. Dieses Bild gestaltet sich allerdings günstiger in Zeiten aufstrebender Konjunktur, es ist aber noch ungünstiger in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, und nur zu oft beobachten wir in solchen Zeiten ein solches Minus an Aufnahmen, daß die letzteren die Zahl der Abgänge nicht decken, daß also die Gewerkschaft in ihrem Mitgliederbestande zurückgeht. Dies hat ja nun verschiedene Ursachen. Sie finden ihre Erklärung vielfach im Personalwechsel, der vor allem bei gelehrten Arbeitern nicht das gleiche Organisationsinteresse mit sich bringt, ferner in verstärkter Arbeitslosigkeit, deren graue Altagsnöde das Gewerkschaftsinteresse mehr in den Hintergrund drängen. Jedemfalls liegt aber in allen Fällen diesem eintretenden Indifferentismus als Hauptursache die Tatsache zugrunde, daß die Ausgetretenen oder Ausgeschiedenen noch nicht die volle Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Ersprißlichkeit der Gewerkschaftszugehörigkeit voll in sich aufgenommen hatten.

Damit kommen wir auch schon auf des Pudels Kern. Wie geht die Agitation, die Werbearbeit für die Gewerkschaft vor sich? Die grundsätzliche Ueberzeugung tritt dabei weit in den Hintergrund, der Betreffende wird in der Regel in seinen Verband hineingeredet, das soll kein Portwurf sein. Die ganze Art der Werbearbeit kann sich nur in diesen Bahnen bewegen. Von einer systematischen Bearbeitung und Ueberzeugung des neu zu gewinnenden Mitgliedes kann dabei nicht die Rede sein; die Aufgabe der Agitation ist eben nur, neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen. Die Neugewonnenen als Mitglied zu erhalten und von dieser Notwendigkeit zu überzeugen, ist Aufgabe anderer Faktoren, ist die Aufgabe der die örtliche Gesamtheit repräsentierenden Verwaltung.

Vor allem muß dem neugewonnenen Mitgliede Gelegenheit geboten werden, seine Beiträge loszuwerden. Leider wird heute diesem Teil der Verwaltung immer noch vielfach zu wenig

Wichtigkeit beigegeben. Und das ist eine der Hauptursachen der bedauerlichen Fluktuation in unseren Gewerkschaften. Man sagt dem neugewonnenen Mitgliede, wer seine Beiträge zu bestimmter Zeit entgegennimmt bereitet sei und läßt es dabei beimenden. In vielen Fällen fehlt aber dem soeben gewonnenen Mitgliede noch die Ueberzeugungstreue, in dieser Form seiner Beitragspflicht zu genügen, er gerät in Reife und wenn er dann später an seine Pflicht erinnert wird, ist der Rückstand zum Wären angelauten, es fällt ihm wirtschaftlich schwer, ihn auszugleichen, auch fehlt es ihm noch an der gefestigten Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Handlung — und dem Verbande ist wieder einmal ein Mitglied verloren gegangen.

Diese ungenügende Gelegenheit zur Beitragsentrichtung mag für einen Gefangenen oder Kauderwelsch ausreichend sein, nicht aber für einen ernstlichen nachstrebenden Gewerkschaftler. Hier muß dem Mitglied in bequemster Weise Gelegenheit geboten werden, seine Beiträge regelmäßig bezahlen zu können. Wo eine allwöchentliche Betriebskassierung nicht möglich ist, da müssen eben Hilfskassierer sich der Mühe der regelmäßigen Einforderung der Beiträge unterziehen. Verne man in dieser Hinsicht von den Lebens- und Feuerversicherungsvereinigungen! Geht es dabei die Mühe des einzelnen größer und der Aufwand kostspieliger, aber er verginst sich und führt zum Ziel: er gewöhnt das Mitglied an eine regelmäßige Zahlung und ist in hohem Maße geeignet, den Mitgliederbestand stabil zu erhalten.

Eine schwierigere Sache ist es, den neugewonnenen Mitgliedern die nötige Ueberzeugungstreue beigezubringen, sie mit grundsätzlicher Bildung zu versehen. Die Vorträge über „Zweck und Nutzen der Organisation“ sind ein uraltes Mittel. Ob aber der Vortragende immer das Gesicht hat, dieses Thema so zu beherrschen, daß es auch dem primitivsten Werkstunde zugänglich ist, ist eine andere Frage. Alle unsere in allgemeinen Gewerkschaftsversammlungen gehaltenen Vorträge iramen leider daran, daß sie nicht einer ausgewählten Zahl Gleichintelligenter mitgeteilt werden, weshalb der eine den Vortrag begreift und ihn interessant findet, während der andere nach dem Vortrage gelangweilt und uninteressiert die Versammlung verläßt. Eine gleichmäßige Wirkung wird sich auf diese Weise nie erzielen lassen. Zudem sind ja die Gewerkschaftsversammlungen zumeist schon mit geschäftlichen Zwecken ausgefüllt, mit der Erstattung von Berichten über Kasse und Verwaltung, mit Besprechungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit der Erörterung von Lohnbewegungen. Wenn diese Tätigkeit in den Versammlungen in richtiger und würdiger Form ausgeübt wird, bietet sie allerdings einen bescheidenen Anfang für eine zielbewusste Aufklärung der gewerkschaftlichen Anfänger und ist geeignet, ihr Interesse mehr zu festigen, aber eine vollwertige Aufklärung kann sie unmöglich sein. Und da Vorträge selten gehalten werden können und wie gezeigt auch nie eine gleichmäßige Wirkung hervorgerufen, höchstens allgemein begeistern, nie aber allgemein überzeugend wirken, ist es nötig, noch auf andere Weise glühendes Wissen unter den Mitgliedern zu verbreiten.

Dit wird es zweckmäßig sein, vor allem die neugewonnenen Mitglieder durch das geschriebene Wort aufzuklären zu suchen. Es gibt sehr gute Broschüren, die in die Anfangsgründe der Gewerkschaftsaufgaben einführen. Geht, oftmals wird die Broschüre ungelesen liegen bleiben. Dann ist es eben nötig, nachzuhelfen und durch Examinieren zu unterstützen, ob das Mitglied sich von dem Inhalt des Büchleins unterrichtet hat. Andernfalls wäre auch zu erwägen, die in einem letzten Zeitabschnitt gewonnenen Mitglieder (vor allem die jüngeren) besonders zu einer Zusammenkunft zu laden und ihnen entweder einen geeigneten Vortrag zu halten oder den Inhalt der Broschüre vorzulesen und der Vorlesung ein Frage- und Antwortspiel folgen zu lassen. In vorgeschrittenen Stadien können dann schwierigeren Themen aus der Erörterung gelangen und auf diese Weise allmählich Ueberzeugung und Wissen beigebracht, gekräftigt und gestärkt werden.

Geht, diese Art der Aufklärung ist eine methodische und sie entfällt in der Ausführung manche Schwierigkeiten. Sie strebt die mögliche Individualisierung im Bildungsweisen an. Jedoch ist die Ausführung keineswegs unmöglich, wenn eine Verwaltung sich dieser Aufgabe mit Sorgfalt und Mühe widmet. In größeren Zahlstellen wäre die Durchführungsmöglichkeit eines solchen Programms ohne weiteres gegeben, kleinere Zahlstellen könnten sich dadurch helfen, daß die örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter in dieser Richtung behilflich sind und durch Zusammenlegung kleinerer Kreise das gleiche Ziel zu erreichen trachten. Wohl wäre die Mühe groß, der Erfolg aber noch größer. Diese Einführung gewerkschaftlicher individualisierter Unterrichtskurse, möglichst dem Können und Verstehen des einzelnen angepaßt, enthalten die zielbewusste Heranbildung einer großen Anzahl der Mitglieder zum allmählichen Erfassen aller gewerkschaftlichen Probleme und es ist leicht zu ermessen, welche Fülle von Wissen durch die so unterrichteten wieder auf die große Zahl Neugewonnener übertragen werden könnte.

Räume man endgültig damit auf, daß man dem neugewonnenen Mitgliede einfach das Mitgliedebuch und den Verbandstatut überreicht und das weitere Geschick dieses Mitgliedes dem blinden Zufall überläßt. Sorgt für eine geregelte Beitragskassierung, sorgt aber auch für systematische Aufklärung und Weiterbildung! Die Aufgabe ist allerdings schwer und nicht mit einem Schläge zu lösen. Aber das Ziel ist groß: Die Zahl der Ueberzeugungstreuen Mitglieder wird sich dann von Tag zu Tag vergrößern und die Fluktuation, dieses vielbeklagte, gewerkschaftliche Übel, wird mehr und mehr eingebremst werden!

„Dänemark — im Goldhaufen verhungert.“

Die in den neutralen Ländern so gefürchtete Arbeitslosigkeit hat jetzt in Dänemark solchen Umfang genommen, daß zu ersten Verorganisations Veranlassung gegeben ist. In den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Landes werden bereits über 46 000 Arbeitslose gezählt, wovon die Hälfte auf die Hauptstadt kommt. Zureichende Anzeichen dafür, daß die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht hat, sind noch nicht zu bemerken. Im Gegenteil. In der vergangenen Woche stieg die Zahl der Arbeitslosen um über 5000. Zu diesen gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen kommen noch alle unorganisierten hinzu, deren Zahl bisher noch nicht festzustellen war.

Die Ursachen dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit sind bekannt. Einerseits die Rohstoff-Rationierung oder gänzliche Verweigerung der Rohstoffe durch die Entente und andererseits der deutsche U-Boot-Krieg bilden die Hauptfaktoren. Innerhalb aller Erwerbsweitzge hat die

